

Ressort: Politik

Mehrere Bundesländer wollen strengere Gesetze gegen Vergewaltigung

Berlin, 02.11.2014, 09:04 Uhr

GDN - Mehrere Landesregierungen fordern strengere Gesetze gegen Vergewaltigung. Das ergab eine Umfrage von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) unter seinen Länderkollegen, von denen etliche parteiübergreifend Zustimmung zu einer Reform signalisierten, berichtet das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel".

Der geltende Vergewaltigungstatbestand "greift zu kurz", antwortete demnach die grüne niedersächsische Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz. Auch Sex ohne Gewaltandrohung oder Gegenwehr "gegen den Willen des Betroffenen" sei strafwürdig. Für eine Reform des Vergewaltigungsparagrafen sind auch ihre Amtskolleginnen aus Hessen, Eva Kühne-Hörmann (CDU), und Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder (CDU). Diese hat eine entsprechende Beschlussvorlage für die Justizministerkonferenz vorbereitet, die in dieser Woche in Berlin tagt. Maas selbst steht dem Vorhaben skeptisch gegenüber. Seine Haltung wird gestützt von den Justizbehörden: In vielen Antworten zu der Umfrage, etwa denen aus Bayern und Baden-Württemberg, heißt es, Richter und Staatsanwälte sähen keinen Bedarf für schärfere Gesetze.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-43824/mehrere-bundeslaender-wollen-stroengere-gesetze-gegen-vergewaltigung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619